

Pressespiegel des Pressegesprächs des BUND Darmstadt vom 12. April 2006:
FAZ, Frankfurter Rundschau (13.04.06) , Darmstädter Echo (rhein-main-TV)

FR:

BUND pocht auf Rückbau

Nordostumgehung nur im Paket mit Entlastung der Innenstadt

Der BUND fordert Ergänzungen zum Bebauungsplan für die Nordostumgehung. Unter anderem soll der Rückbau von Rhönring und Spessarttring festgeschrieben werden.

Darmstadt · "Nordostumgehung ja, aber nur, wenn es auch eine tatsächliche Entlastung gibt", bringt Georg Mehlhart die Position des BUND auf den Punkt. Doch in den Augen des stellvertretenden Vorsitzenden des Umweltverbandes, der auch dem Planungsbeirat zur Nordostumgehung angehörte, zeigen die vom Stadtplanungsamt vorgelegten Unterlagen das Gegenteil. Aus ihnen gehe hervor, dass eine tatsächliche Entlastung der Innenstadt mit Landgraf-Georg-Straße, Cityring und Bleichstraße nur durch Verkehrslenkung zu erreichen sei. Mehlhart fürchtet, dass die Nordostumgehung zusätzlichen Verkehr anziehen wird, der sich ohne einen Rückbau der großen Straßen durch diese schlängeln würde.

Der BUND hätte den Rückbau am liebsten im Zuge eines Planfeststellungsverfahrens verankert. In seiner Stellungnahme zum Bebauungsplan fordert er nun zumindest "textliche Festsetzungen" mit ähnlicher Rechtskraft. Dazu rate auch das Regierungspräsidium. Dass die Stadt im Verkehrsentwicklungsplan flankierende Maßnahmen zur Entlastung vorsehe, ist Mehlhart zu unverbindlich. Es gebe dafür keinen Zeitplan und keine Haushaltsmittel.

Fünzig Millionen Euro zusätzlich

Zudem hält Mehlhart der Stadt vor, sie habe sich von der Bundesstraßenbauverwaltung "über den Tisch ziehen" lassen. Es sei nicht ausreichend geprüft worden, welche Bauvorhaben, die die Stadt nun im Zusammenhang mit der Nordostumgehung finanziell selbst tragen müsse, ohnehin notwendig gewesen wären. Für den Ausbau bereits vorhandener Straßen wie der B42 (Gräfenhäuser Straße) im Westen und dem Anschluss an den geplanten Tunnelabschnitt müsse die Stadt zusätzlich 50 Millionen Euro berappen.

Auch die Bürgerinitiative "Ohne Nordostumgehung" Ono kritisiert den Bebauungsplan als "unvollständig". In einem Brief an das Bundesverkehrsministerium verweist Ono darauf, dass eine Umsetzung der Planungen "weitreichende Folgeprojekte" mit sich brächte. Ninette Krüger
Frankfurter Rundschau, Lokalteil Darmstadt (1. Seite) 13/04/2006

FAZ:

"Entlastung nur bei Straßenrückbau"

BUND nicht grundsätzlich gegen Nordostumgehung

h.r. DARMSTADT. Bau- und Verkehrsdezernent Dieter Wenzel (SPD) hat vor ein paar Wochen bei der Präsentation der neuen Internetrubrik mit umfangreichen Informationen zur Nordostumgehung auf der Homepage der Stadt von einem "gerüttelten Maß an Uninformiertheit" gesprochen, dem die Verwaltung mit diesem Service entgegenarbeiten wolle. Der Ortsverband des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) beurteilt dies ähnlich - und sieht Uninformiertheit bis tief in die Reihen der Politik hinein.

Sein stellvertretender Vorsitzender Georg Mehlhart stellte gestern die Stellungnahme seiner Organisation zum laufenden Bebauungsplanverfahren vor und sagte, selbst bei den Grünen gebe es noch Mitglieder, die an eine deutliche Entlastung der Innenstadt vom Verkehr durch die Umgehungsstraße glaubten. Das ist aber nach Meinung des BUND von den Planungsunterlagen, zu denen außer Lärm- und Luftschadstoffgutachten auch Verkehrsprognosen gehören, nicht gedeckt. Aus den sogenannten Differenzplänen - die den Verkehrsfluß 2001 und 2015 mit und ohne Umgehung vergleichen - ergebe sich eindeutig, daß mit einer gravierenden Entlastung der Kernstadt durch die Umgehung nicht zu rechnen sei. Es werde aber der Verkehr auf der B 26 bis zum Ostbahnhof zunehmen - mit entsprechenden Folgen für das Woogsviertel und das Edelsteinviertel.

Gleichwohl lehnt der Ortsverband, wie sich aus seiner Stellungnahme zum Bebauungsplan "N 59/Nordostumgehung Darmstadt" ergibt, das seit 25 Jahren diskutierte Straßenbauwerk nicht rundweg ab. Zwar werden in dem Papier zahlreiche Einwände formuliert - zum Beispiel zu niedrig berechnete Emissionswerte und ein unsicheres Baurecht für den Anschluß im Süden der Umgehungsstraße. Auch enthält es Kritik am gewählten Planverfahren. Dennoch würde auch der BUND grundsätzlich zustimmen, wenn garantiert sei, daß die anvisierte

Entlastungswirkung erreicht werde. Dies sei aber nur möglich, wenn "stadtverträgliche Umbauten" in der Innenstadt - etwa an Rhönring und Spessartstraße - erfolgten und der Verkehr gelenkt würde.

Mehlhart gestand ein, daß es immer wieder politische Äußerungen in diese Richtung gebe. Im Bebauungsplanentwurf selbst fänden sich aber keine verbindlichen Festlegungen dazu: "Die städtebauliche Umgestaltung ist bislang nur eine nebulöse Hoffnung." Der BUND fordert deshalb die Stadt auf, vor Baubeginn der Umgehungsstraße entsprechende Planungsaufträge zum Beispiel zum Rückbau innerstädtischer Straßen zu vergeben, im Haushalt die Gelder dafür bereitzustellen und im Bebauungsplan entsprechende Aussagen festzuschreiben. "Den politischen Äußerungen sollten nun auch konkrete Taten folgen", sagte Mehlhart.

Daß die Nordostumgehung ein gigantisches Bauvorhaben ist, wird schon allein an der Datenmenge deutlich: Die Planungsunterlagen, die den Trägern öffentlicher Belange auf einer Compact Disc zugeleitet worden sind, umfassen 500 Megabit. Auch die insgesamt 18 Internetseiten erlauben einen tiefen Einblick in das Mammutvorhaben, dessen genaue Kosten im Sommer feststehen sollen; zu finden sind die Informationen unter www.darmstadt.de, indem die Rubrik "Wirtschaft und Planung" und dann "Nordostumgehung" angeklickt wird.

Der Entwurf des Bebauungsplans war von den Stadtverordneten am 14. Februar beschlossen worden. Er sieht den Bau der Umgehungsstraße - auf weiten Abschnitten in einem Tunnel - zwischen dem Anschluß an der B 42 im Westen (Gräfenhäuser Straße) bis zur B 25 am Knoten Heinrichstraße vor. Verkehrsplaner versprechen sich von der Straße, die voraussichtlich bis 2011 vollendet sein wird, den Lastwagenverkehr aus der Innenstadt herauszuhalten. Dadurch soll die Innenstadt Darmstadts als Wohn- und Einkaufsort attraktiver werden.
Text: F.A.Z., 13.04.2006, Nr. 88 / Seite 59

DE:

„Die Nordostumgehung entlastet nur marginal“

Verkehrspolitik: Umweltverband kritisiert Planung und fordert den Rückbau stark befahrener Straßen

Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) ist zwar nicht grundsätzlich gegen die Nordostumgehung, doch er hält sie in der geplanten Form für unwirksam. „In der Innenstadt bewirkt dieses ganze Ding so praktisch nichts“, kritisierte Georg Mehlhart, stellvertretender örtlicher BUND-Vorsitzender und Mitglied im Planungsbeirat zur Nordostumgehung, bei einem Pressegespräch. Vielmehr ziehe die Trasse zusätzlichen Verkehr an.

Anlass der Erklärung waren die von der Stadt veröffentlichten Planungsunterlagen, die der BUND als unvollständig und zum Teil veraltet kritisiert. Dennoch zeigen sie laut Mehlhart eines überdeutlich: „Die Nordostumgehung entlastet das Stadtgebiet nur äußerst marginal, das fällt kaum ins Gewicht.“ Die Millionen-Kosten dafür stünden in keinem Verhältnis zum erzielten Effekt.

In seiner 14 Seiten umfassenden Stellungnahme der Planungsunterlagen bezeichnet der Verbund stattdessen mehrere diskutierte Ansätze des Verkehrsentwicklungsplans als effizienter und zielführender. „Entsprechend der im Verkehrsforum vorgelegten Berechnungen wurden durch das Szenario 2 auch ohne Nordostumgehung wesentlich weitergehende Reduzierungen der Verkehrsbelastungen in der Innenstadt erreicht.“ Dieses Szenario beinhaltet laut Mehlhart unter anderem den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs und den Umbau stark befahrener Straßen, um sie für Autofahrer weniger attraktiv zu machen.

Ein solcher Rückbau sei zwar von der Stadt im Spessartring und Rhönring anvisiert, wo wegen der Nordostumgehung Entlastungen erwartet werden. „Das aber ist gar nicht Gegenstand der Planung“, kritisiert Mehlhart. Der BUND fordert daher von der Stadt, den Umbau belasteter Straßen wie des Rings durch das Martinsviertel, der Heinrichstraße oder Landgraf-Georg-Straße fest in den Bebauungsplan zu schreiben und deren Umsetzung in die Haushaltsplanung aufzunehmen.

Ein weiterer Problempunkt der Planungen ist aus BUND-Sicht der vierspurige Ausbau der B 26 bis zum Ostbahnhof und der kreuzungsfreie Anschluss an die Heinrichstraße., in die der Verkehr dann ungebremsst fließen könne. Durch den Ausbau falle zudem die Standspur weg, auf der bisher der Schnellbus am Stau vorbeifahre. „Das Konzept dieser erfolgreichen Linie wird durch den Ausbau also zerstört.“

Der BUND erklärt daher, dass er der Planung zur Nordostumgehung so nicht zustimmen kann. Mehlhart zufolge wird sie fälschlicherweise immer wieder als „Generallösung“ dargestellt. Er forderte, dass die Stadt kritischer damit umgeht. „Doch sie lässt sich von der Landesstraßenbauverwaltung und ihren Vorgaben fahrlässig über den Tisch ziehen.“
lex

Darmstädter Echo, 18.4.2006